Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 5 — Donnerstag, den 12. Januar 1928 — 41. Jahrgang

Ein eleganter Sprung.

Man muß in Deutschland einfach damit rechnen, daß Polen da ist und fürs erste auch dableibt; dafür sorgen schon England, Frankreich und die sonstigen Nutznießer des Versailler Vertrages. Und daß fürs erste auch die Grenzen so bleiben, wie sie vor neun Jahren und später festgelegt wurden. Freilich wird dies alles nicht genügen, um unsere nie erlöschende Hoffnung auszutilgen, daß es auch einstmals wieder anders wird. Es empfiehlt sich also, ein Verhältnis zwischen beiden Staaten herzustellen, das ein schiedlich-friedliches Nebeneinander ermöglicht.

Würde es sich dabei bloß um rein wirtschaftliche Dinge und Beziehungen handeln, dann wäre ein solches Verhältnis herzustellen vielleicht gar nicht so schwierig. Wenn aber jetzt der polnische Außenminister Zaleski eine formell sehr liebenswürdige Rede hält — im Warschauer „Institut zum Studium der internationalen Beziehungen" —, so schlüpft er mit seinem Wunsch, daß die Fragen, in denen sich Polen und Deutschland gegenüberstehen mußten, in Zukunft die Völkerbundversammlungen weniger beschäftigen würden als bisher, doch mit recht elegantem Sprung über Wesentliches hinweg. Es sind ja nicht bloß Fragen, die die absurde Gründung des Freistaates Danzig auslösen, sondern es sind ja immer wieder — wie auch in jüngster Zeit — die Streitigkeiten im polnisch gewordenen Ostoberschlesien und fast immer Schulstreitigkeiten. Hier stehen sich eben der Wille zur Polonisierung und die zähe Verteidigung deutschen Volkstums in voller Schärfe gegenüber; dort kommt es nicht einmal zu einem Waffenstillstand, geschweige denn zu einem Frieden.

Gar so einfach, wie es sich der polnische Minister Zaleski vorstellt oder den Zuhörern vorstellen will, ist aber auch die Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten denn doch nicht. Die Handelsvertragsverhandlungen werden ja in dieser Woche wieder aufgenommen, aber schon die lange bisherige Dauer zeigt, daß Schwierigkeiten genug vorhanden sind. Zaleski selbst erkennt an, daß deutscherseits in Genf alles getan worden ist, um eine bessere Atmosphäre zwischen beiden Staaten zu schaffen vor allem dadurch, daß Deutschland das Vorgehen der anderen Mächte gegen Litauen eifrig unterstützte. Es ist aber durchaus nicht so eindeutig klar, daß „niemand mehr in Deutschland an die Vorteile des Zollkrieges glaube"; die deutsche Landwirtschaft des Ostens ebenso wie große Teile der schlesischen Kohlenindustrie befürchten vielmehr, bei einem allzu weitgehenden deutschen Entgegenkommen den vorläufig noch sehr hohen Forderungen Polens gegenüber schwere Schädigungen zu erleiden. Immerhin ist jetzt die polnische Währung einigermaßen stabil geworden, so daß die großen Benachteiligungen, die früher für unseren Export nach dem Osten bestanden, doch allmählich in Wegfall kommen können. Erst bei Fertigstellung eines Handelsvertrages — oder zum mindesten eines Provisoriums, wie es angeblich vorläufig nur beabsichtigt zu sein scheint — wird sich mithin sagen lassen können, wer aus dem nun schon fast drei Jahre währenden Zollkrieg als Sieger hervorgeht.

Immerhin bleibt die einfache Tatsache der Rede Zaleskis politisch bedeutungsvoll: was wir früher — auch von ihm — an Reden polnischer Politiker zu hören bekamen, klang meist ganz anders. Da aber der Reden nun genug gewechselt sind, wäre es erfreulicher, wenn wir endlich auch Taten sehen würden.

Für deutsch-polnische Verständigung.

Eine Rede des polnischen Außenministers

Auf einem Bankett des Warschauer Instituts zum Studium der internationalen Beziehungen hat der polnische Außenminister Zaleski eine bedeutungsvolle Rede über das Verhältnis Polens zu Deutschland gehalten. Er hoffe, daß in Zukunft häufiger als bisher eine Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland in Genf möglich sein werde und daß Streitigkeiten, wie z. B. die Danziger Frage, nicht mehr so häufig den Völkerbund beschäftigen möchten. Es ist zweifellos, so fuhr der Außenminister fort, in Deutschland ein bemerkenswerter Umschwung der öffentlichen Meinung Polen gegenüber festzustellen. Es dürfte kaum einen ernsthaften Menschen in Deutschland geben, der nicht davon überzeugt wäre, daß die engere Gestaltung der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen für Deutschland nur von Nutzen sein kann. Immer stärker bricht sich offensichtlich in Deutschland die Überzeugung Bahn, daß Polen nun einmal auf dem Wege nach Osten liegt und nicht übergangen werden kann, und daß in Polen für Deutschland ganz wesentliche Entwicklungsmöglichkeiten liegen. Ich freue mich, so schloß der Minister, jetzt sagen zu können, daß wir von den amtlichen deutschen Stellen zahlreiche Beweise eines guten Willens erhalten haben, in der gleichen Richtung zu arbeiten. Auch in schwierigen Lagen hat man deutscherseits sich bestrebt gezeigt, nach Möglichkeit gute Beziehungen zu schaffen.

Polen und Rußland.

Minister Zaleski behandelte in seinen Ausführungen auch Polens Verhältnis zu Rußland. Er betonte dabei, daß die polnische Regierung froh sein werde, wenn sie einen Nichtangriffspakt mit Rußland schließen könnte. Bezüglich Litauens meinte der Minister, daß die litauische Presse sich in ihrer Haltung gegenüber Polen noch umstellen müßte.

Das Schicksal des Reichsschulgesetzes.

Berlin, 10. Januar

Die um das Weihnachtsfest und den Jahresanfang eintretende Pause in der politischen Arbeit ist beendet und unverweilt treten die wichtigsten Fragen wieder in den Vordergrund. Die allerwichtigste für die innere Entwicklung ist dabei vielleicht diejenige nach dem Schicksal des Reichsschulgesetzes, das sobald als möglich an den Reichstag gebracht werden soll, um endlich auf diesem so lange umstrittenen Gebiet eine Lösung anzubahnen

Reichskanzler Dr. Marx ist nach Berlin zurückgekehrt und wird sofort an den Verhandlungen über die künftige Gestaltung unseres Schulwesens teilnehmen. Dienstag nachmittag trat im Reichstag der interfraktionelle Ausschuß für das Schulgesetz zusammen. Reichsinnenminister Dr. v. Keudell hatte bereits vor einigen Tagen eine Vorbesprechung mit den volksparteilichen Vertretern und Einzelbesprechungen mit einigen Abgeordneten der Volkspartei. Diese Besprechungen trugen allerdings unverbindlichen Charakter. Am Mittwoch soll sich eine Besprechung des interfraktionellen Ausschusses anschließen, am Donnerstag wird der Bildungsausschuß des Reichstages sich mit der Materie beschäftigen. Als einer der Hauptpunkte, über welche die Meinungen noch ziemlich auseinandergehen, ist dabei die Berechtigung der obersten Kirchenbehörden zur Einsichtnahme in den Religionsunterricht zu betrachten. Dann aber sind auch die Schutzfrist für die Simultanschulen und die Aufbringung der Kosten noch umstritten. In allen diesen Einzelheiten wird es nach allgemeiner Auffassung stark auf die Entscheidung der Deutschen Volkspartei ankommen, die teilweise ihre Wünsche gegenüber den beiden anderen Regierungsparteien, den Deutschnationalen und dem Zentrum, noch aufrechterhalten soll.

Die Linkspresse setzt ihre Hoffnungen auf ein Scheitern der Kompromißversuche zwischen den Regierungsparteien und malt dabei eine Kabinettskrise mit folgender Reichstagsauflösung an die Wand. Aber auch vom anderen Standpunkt aus wird die Lage nicht als ganz einfach angesehen. So schreibt die Deutsche Allgemeine Zeitung, das Zentrum müsse seine unübersichtlich gewordene Stellung unbedingt klären. Unzweifelhaft hätten sich in der letzten Zeit bei der Führung des Reichstagszentrums taktische Erwägungen in den Vordergrund gedrängt. Das würde bedeuten, daß dasjenige Gesetzgebungswerk, das für das Zentrum bei der Gründung der gegenwärtigen Koalition die Hauptrolle gespielt hatte, jetzt von der gleichen Partei preisgegeben und zur wahlpolitischen Parole gemacht werden solle.

Die nächsten Tage werden die dem innenpolitischen Sicherheitsgefühl so notwendigen Richtungslinien voraussichtlich deutlicher hervortreten lassen.

Trotzki und Genossen verbannt.

In die entferntesten Gegenden Rußlands.

Meldungen aus Moskau besagen, daß ungefähr 30 Führer der Opposition den Befehl erhalten haben, aus der Hauptstadt abzureisen nach Orten, welche die Sowjetregierung bestimmt und nach denen sie also zwangsweise verbannt werden. Der künftige Aufenthalt ist ihnen, genau nach der im Zarenreiche früher üblichen Methode, nicht angegeben. Auf der Liste der Verbannten befinden sich Trotzki, Radek, Sinowjew, Rakowski, Kamenew, Smilga, der Schriftsteller Sokolnikoff mit mehreren anderen Journalisten u. a.

Trotz der Geheimhaltung des den Verbannten zugewiesenen Ziels verlautet doch schon, daß z. B. Rakowski nach einem Dorf im Gouvernement Wjatka, 500 Kilometer von der nächsten Eisenbahnstation entfernt, verschickt wird. Ein Teil der verbannten Oppositionsmänner soll bereits unterwegs sein und die Verbannungszone von Archangelsk im hohen Norden Europas bis Mittelasien und Ostsibirien reichen. In Moskau hat die Maßnahme auch bei der ausländischen Diplomatie große Erregung wachgerufen.

Finnländer zum Tode verurteilt.

Das Leningrader Kriegsgericht verurteilte Peter Paulku, der angeklagt war, im Auftrage des finnländischen Geheimdienstes Spionage getrieben zu haben, zum Tode. Die gegen die Mitangeklagten Stephan Paulku und Michael Wilfi ausgesprochene Todesstrafe wird durch Amnestie in zehnjährige Gefängnisstrafe umgewandelt. Die übrigen acht Angeklagten wurden zu Freiheitsstrafen verurteilt.

Verkauf Phoebus-Emelka.

Zustimmung des Reichswehrministeriums.

Seit längerer Zeit gehen die Auseinandersetzungen hin und her über die Phoebus-Film-A.-G., an der sich das Reichswehrministerium zwecks Herstellung des Deutschtum pflegender Filme beteiligt hatte, die aber in Schwierigkeiten geraten war. Andere Filmgesellschaften bemühten sich um den Erwerb und es soll sich dabei kaum ein Unterschied zwischen den bekannten großen Gesellschaften gezeigt haben.

Jetzt wurde sozusagen durch eine halbamtliche Mitteilung des W. T. B. folgendes bekanntgegeben: „Das Reichswehrministerium hat sich der „Emelka-Gruppe" gegenüber grundsätzlich zur Annahme ihres Angebots betreffend den Erwerb der Phoebus unter der Voraussetzung bereit erklärt, daß die Erhaltung des deutschen Charakters des Unternehmens auch für die Zukunft sichergestellt wird."

Das Reich verliert dabei nach einigen Angaben sechs Millionen, die es vertragsmäßig durch das Reichswehrministerium eingeschossen hatte, doch sollen immerhin 4,2 Millionen Mark weiterer Verpflichtungen gerettet worden sein. Die Verhältnisse waren dem Vernehmen nach so weit gediehen, daß das Reich sich entschließen mußte, die Phoebus auf eigene Kosten mit großem Verlust weiterzubetreiben oder aber dem Verkauf zuzustimmen. Die Verhandlungen wurden vor Weihnachten abgebrochen, weil das Reichsfinanzministerium feststellte, daß die Kaufinteressenten sich auf Grund einer Vereinbarung gegenseitig unterboten, um das Reich zu zwingen, um jeden Preis zu verkaufen. Vor etwa einer Woche wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen, und der Endkampf um den Verkauf war heftig. Neben der durch die Lustig-Gruppe vertretenen Emelka bewarb sich auch die Terra-A.-G. um die Phoebus-Theater.

Das Reich hatte sich seinerzeit zu der Beteiligung an der Phoebus-Gesellschaft verstanden, als diese in Gefahr geriet, in ausländische Hände zu fallen. Da die erwerbende Emelka-Lustig-Gruppe aber stark von ausländischem Kapital abhängig ist, tritt jetzt das doch ein, was man unter großem Opfer an öffentlichen Mitteln zu verhindern suchte. Dem Vernehmen nach wird die Angelegenheit noch den Reichstag beschäftigen.

Freispruch Badickes.

Der Prozeß v. Tresckow—Badicke.

Das Berliner Landgericht hat das Urteil der ersten Instanz gegen Major Badicke wegen Beleidigung des Herrn von Tresckow aufgehoben und auf kostenlose Freisprechung des Beklagten Badicke erkannt. Die Kosten sind dem Privatkläger von Tresckow auferlegt. Der Privatkläger Hasso von Tresckow wird Revision gegen das Urteil des Landgerichts einlegen.

Zur Begründung des Urteils führte der Vorsitzende aus: Wenn der Freispruch erfolgte, so müsse das Gericht jedoch ausdrücklich betonen, daß durch diesen Freispruch keine moralische Verurteilung von Tresckows ausgesprochen werden soll. Von Tresckow war zweifellos in einer schwierigen Lage. Er hatte allerdings das, was er aus den vertraulichen Mitteilungen wußte, bei seinen Meldungen fortlassen können. Das Gericht bedauert außerordentlich, daß die Vergleichsverhandlungen zu keinem Ergebnis geführt haben. Es hat sich aber von der Schuld Badickes nicht überzeugen können und mußte deshalb zu einem Freispruch gelangen. Badicke habe berechtigte Interessen wahrgenommen, was nach § 193 des Strafgesetzbuches erlaubt sei.

Explosion in einem amerikanischen Kohlenbergwerk.

23 Tote.

In einem Kohlenbergwerk der Industrial Coal Company ereignete sich in einer Tiefe von 600 Fuß eine schwere Explosion. Von der 700 Mann starken Belegschaft konnte sich der größere Teil retten. 93 Arbeiter wurden jedoch durch Rauch und Kohlenstaub abgeschnitten.

Die Explosion erfolgte in einer Entfernung von etwa einer Meile vom unteren Ende des Schachtes, kurz nachdem die Tagesschicht um 7,30 Uhr die Arbeit begonnen hatte. Die Rettungsarbeiten begannen mit dem Versuch, die Ventilation der Grube wieder in Gang zu setzen, um die Lage der Verschütteten zu erleichtern.

Bei der Schlagwetterkatastrophe sind, wie bisher feststeht, 23 Bergleute ums Leben gekommen. Drei der Toten konnten bereits geborgen werden. Es besteht aber wenig Hoffnung, daß es gelingen wird, die übrigen Bergleute zu retten, da durch die Wucht der Explosion an der Unglücksstelle die Felswände der Grube zusammengedrückt wurden und sich sämtliche Ausgangswege sofort mit tödlichen Gasen füllten.

Der skandinavische Schlichtungsvorschlag.

Beim Völkerbund eingereicht.

Der Generalsekretär des Völkerbundes in Genf hat von der schwedischen Regierung als Antwort auf die Einladung, die das Sicherheitskomitee der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz an alle Mitgliedsstaaten des Völkerbundes gerichtet hat, den Entwurf des allgemeinen Schlichtungs- und Schiedsvertrages erhalten, welcher als Grundlage für die Arbeiten des Komitees dienen könnte. Der Entwurf nimmt die Grundsätze des Locarnopaktes auf und sieht vor, daß Rechtsstreitigkeiten dem Internationalen Gerichtshof oder einem Schlichtungskomitee unterbreitet werden und, wenn der Schlichtungsversuch fehlschlägt, vom Völkerbund weiterbehandelt werden. Wenn die beiden Parteien einverstanden sind, so können nach dem Entwurf auch die Rechtsstreitigkeiten vor ein Schlichtungskomitee gezogen und erst nachträglich dem Gerichtshof unterbreitet werden.

Die norwegische Regierung hat dem Generalsekretär einen Entwurf eingesandt, der auf den gleichen Grundgedanken aufgebaut ist.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Calonder gegen polnische Übergriffe.

Der Präsident der Gemischten Kommission in Ostoberschlesien, Calonder, hat in einer Entscheidung gegen das Verhalten polnischer Beamten gegen die deutsche Minderheit Stellung nehmen müssen. In der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280112-12/fragment/page=0001

Gemeinde, Brzezie im Kreise Rybnik sollte am ersten Weihnachtsfeiertage eine Weihnachtsfeier der deutschen Minderheitsschule stattfinden. Einige Tage vor der Veranstaltung erklärte der Ortspolizeikommandant, daß er, falls die Feier stattfinden sollte, von auswärts Aufständische herbeiholen wollte, die die Festteilnehmer verprügeln und alles kurz und klein schlagen würden, und daß die Polizei der Feier keinen Schutz gewähren würde. Eineinhalb Stunden vor Beginn der Veranstaltung wurde die Feier vom Amtsvorsteher plötzlich verboten. Auf erhobene Beschwerde mißbilligte jetzt Calonder das Verhalten des Polizeikommandanten aufs schärfste und bemerkte, daß viereinhalb Jahre nach Inkrafttreten des Genfer Abkommens eine einfache geschlossene Weihnachtsfeier der Minderheit nicht mit der Begründung verhindert werden könne, daß die öffentliche Ruhe gestört werden könnte. Calonder will die Entfernung der schuldigen Beamten aus dem gemischtsprachigen Gebiet verlangen.

Eintritt Deutscher in die französische Fremdenlegion.

Aus Trier wird berichtet, daß in den letzten Tagen über 100 junge Deutsche in Metz zur Fremdenlegion gemustert, hiervon aber nur 43 für tauglich befunden worden seien. Der Rest sei in Richtung auf die deutsche Grenze in Marsch gesetzt worden. In Diedenhofen hätten sich die jungen Leute erneut zur Musterung gemeldet, worauf weitere 50 Mann angeworben worden seien. Sieben Mann seien wieder auf deutschem Gebiet eingetroffen. Nach ihren Angaben hätten sich unter den Bewerbern einige Studenten und andere Angehörige der gebildeten Stände befunden, von denen die meisten aus Norddeutschland stammten.

Freistaat Danzig.

× **Geplante Verfassungsänderung.** Die in der Regierungsmehrheit vereinigten Parteien der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Linksliberalen erheben folgende programmatischen Forderungen für die fernere Regierungsführung: Die Herabsetzung des Senats von 22 auf 12 Senatoren, davon 5 hauptamtliche einschließlich des Präsidenten und 7 parlamentarische Senatoren einschließlich des Vizepräsidenten, eine Herabsetzung des Danziger Volkstages von 120 auf 72 Abgeordnete, ferner eine Auflösungsmöglichkeit des Volkstages durch eigenen Beschluß mit Zweidrittelmehrheit, die bisher in der Verfassung nicht vorgesehen war, usw. Es handelt sich bei diesen Forderungen um weitgehende Änderungen der Danziger Verfassung, die mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden müssen und die der Genehmigung durch den Völkerbund bedürfen.

Aus In- und Ausland.

Wien. Das Schwurgericht sprach den Reichssekretär der Kommunistischen Partei Österreichs, Koplenik, der wegen des Versuchs der Verleitung zum Aufstand angeklagt war, frei.

Bern. Der Chaplin-Film „Charlot als Soldat", in dem der frühere Deutsche Kaiser, der ehemalige deutsche Kronprinz und die deutschen Soldaten stark ironisiert werden, ist vom schweizerischen Bundesrat für die ganze Schweiz verboten worden.

Rom. Am 1. Januar ist in Albanien das neue Strafgesetzbuch in Kraft getreten, das nach dem Muster des italienischen Strafgesetzbuches zusammengestellt ist. U. a. ist nach diesem Strafgesetzbuch in Albanien die Prügelstrafe verboten. Bisher bestand in Albanien das alte türkische Strafgesetzbuch.

Riga. Die Verhandlungen zur Bildung des lettländischen Kabinetts sind wieder um Monate gelangt. Das neue Kabinett wird sich auf 48 Abgeordnete der Rechtsparteien, drei des demokratischen Zentrums, zwei Polen und einen neuen Kolonisten stützen.

Aus der Umgegend

Nebra, 12 Januar.

— **Das erste Abonnements-Konzert** unserer Stadtkapelle zeigte diese samt ihrem Leiter, Herrn Stadtmusikdirektor Rönicke, wieder einmal ganz und gar auf der Höhe und die Verdrießlichkeit einiger darüber, daß Herr Rönicke als Kapellmeister während der hinter uns liegenden Festtage es nicht fertiggebracht, Musiker einfach aus dem Boden zu stampfen, dürften wohl jetzt nach den überaus guten künstlerischen Darbietungen beim Konzert sämtlich wieder behoben sein. Im Programm fehlte es nicht an reicher Abwechslung inbezug auf Klangfülle: der herzhafte, immer begeisternde Marsch eröffnete das Klangmenü, es folgten Opernmelodien und auch die bestrickenden Strauß'schen Walzerweisen waren mit vertreten. Nicht endenwollenden Beifall fand besonders die Paraphrase von Eberli: „Ein Vöglein sang im Lindenbaum" mit seinen zarten Partien und Solis, aber auch andere Programmnummern gaben den sich mit Lust und Liebe der Musik widmenden jungen Mitgliedern der Kapelle willkommene Gelegenheit, als Solisten auf diesem oder jenem Instrument ihre Fortschritte zu zeigen. Als das Programm abgespielt war, durfte noch kein Abschluß erfolgen, vielmehr setzte der Beifall derart stürmisch ein, daß Zugabe auf Zugabe gegeben werden mußte, als welche begeisternde Märsche und zuletzt das Deutschlandlied aufgespielt wurden. Erfreulich ist es berichten zu können, daß nicht nur das Publikum durch die Kapelle, sondern wohl auch die Kapelle durch das Publikum befriedigt worden ist, denn der Besuch kann als recht gut bezeichnet werden und auch die mustergültige Ruhe während der Vorträge mag lobend erwähnt sein. Alle, die zu diesen ersten Abonnements-Konzert zugegen waren, freuen sich bereits wieder auf das nächste Konzert.

— **Es wird wärmer.** Während der Januar gewöhnlich der kälteste der Wintermonate ist, ist jetzt eine Milderung der Temperatur eingetreten. In der Nacht zum Dienstag herrschte bei uns eine Temperatur von 2, gestern mittag wurden 6 Grad Wärme gemessen. Seit Anfang des Krieges sind solche Temperaturen im Januar in Deutschland nicht mehr verzeichnet worden. In England und Frankreich ist es noch milder als in Deutschland. Hier werden sogar 11 Grad Wärme gemessen. Das milde Wetter hat seinen Ursprung in einer westlichen Luftströmung. Da die Oberfläche des Nordatlantiks bis zu 12 Grad warm ist, werden die Westwinde bei ihrem Dahingleiten über das Meer stark erwärmt und mildern die Temperaturen im westlichen Europa erheblich. Auch in Polen ist das Thermometer auf 2 Grad Wärme gestiegen, während in Nordrußland noch eine Kälte bis zu 28 Grad besteht. Voraussage für Deutschland ist für die nächsten Tage: **Anhalten der westlichen Luftströmung. Milde Temperatur. Leichte Bewölkung. Ab und zu Niederschläge.**

— **Autounglück.** Glimpflich abgelaufen ist ein Unfall, der einem von Naumburg kommenden Auto auf der Wippacher Straße in der Nähe der Feldscheune zustieß. Mit einem Fahrlehrer und einem Fahrschüler aus Naumburg besetzt, überschlug sich das Auto infolge starken Windes und des schlüpfrigen Weges das Auto, wobei der Fahrlehrer sich eine schwere Verletzung der rechten Hand zuzog, während der Begleiter ohne Schaden an seinem Körper davon kam, das Auto selbst aber erheblich unbeschädigt blieb, sodaß dieses am Montag durch neues Fahrpersonal zurückgebracht werden konnte. Die beiden Verunglückten fuhren nach erfolgter ärztlicher Behandlung des einen Teilnehmers am Sonntagabend mit der Bahn nach Naumburg zurück.

— **Vermißt.** Seit dem 7. Januar wird die Witwe Auguste Meister von hier vermißt. Sie verließ mittags nach 12 Uhr ihre Wohnung. Seitdem ist die 71 Jahre alte Frau nicht wieder gesehen worden. Aus hinterlassenen Aufzeichnungen geht hervor, daß sich die allgemein beliebte alte Frau wegen einer Krankheit in der Unstrut ertränken wollte.

— **Vorsicht vor einem Schwindler.** In der Umgegend treibt sich ein Hausierer herum, der sog. biochemisches Aufbausalz zum Preise von 2,20 Mark verkauft. Da die Dummen nicht alle werden, hat er bisher ein leidlich gutes Geschäft gemacht. Das Mittel, das aus reinem Milchzucker besteht, hat etwa einen Wert von 15 bis 20 Pfg., einen medizinischen Wert hat es aber überhaupt nicht. Vor Ankauf wird gewarnt. Der Polizeibehörde ist Anzeige erstattet.

— **Abfindung bei Wiederverheiratung von Kriegerwitwen.** Das fünfte Abänderungsgesetz zum Reichsversorgungsgesetz hat die Abfindungssumme, die eine Kriegerwitwe bei Wiederverheiratung mit einem Deutschen an Stelle der Witwenrente erhält, nach Mitteilung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten auf das 36fache der im Höchstfall zustehenden monatlichen Witwenrente (ohne Zusatzrente) erhöht. Es wird künftig stets die Witwenrente von 60 Prozent der Vollrente des Erwerbsunfähigen zugrunde gelegt, auch wenn die Witwe nur 50 Prozent bezogen hat. An Witwen, die sich am 1. Oktober 1927 wieder verheiratet haben, erfolgt die etwaige Nachzahlung von Amts wegen.

— **Ziegelroda.** Beim Düngerfahren verunglückte der Landwirt J. dadurch, daß eines seiner jungen Pferde, welches einige Zeit nicht beschäftigt worden war, ausschlug und seinen Herrn am Arm verletzte, und zwar so schwer, daß der Arm, wie im Krankenhaus Querfurt festgestellt wurde, an zwei Stellen gebrochen war.

Kölleda. Einen gefährlichen Sturz erlitt der bei der Telegraphenbaukolonne beschäftigte Hermann Walther aus Kölleda. Bei Leitungsarbeiten in der Nähe von Etzleben stürzte er ab und trug eine schwere Schädeldeckenverletzung davon, die einen operativen Eingriff des behandelnden Arztes notwendig machte. Trotz der schweren Verletzung, das Gehirn lag zum Teil bloß, hatte W. die Widerstandskraft, mit seinem Rade nach Hause zu fahren und zum Arzt zu gehen.

Wittenberg. Beim Roden eines Heidestückes in den Ausläufern des Flämings nördlich Wittenberg, dicht beim Wittenberger Wassermerk, wurde ein Steinbeil von seltener Beschaffenheit gefunden. Es ist dies der erste Steinzeitfund, der in dieser Gegend östlich der Elbe gemacht wurde. Das Beil ist zehn Zentimeter lang, $3^1/_2$ Zentimeter breit und $2^1/_2$ Zentimeter hoch und wird auf ein Alter von 4000 Jahr n geschätzt.

Eisenberg. Im benachbarten Gösen hat das Jahr 1928 eine Stunde später als in anderen Orten begonnen, weil der Glöckner den großen Augenblick — verschlafen hatte! Man mußte ihn erst aus den Federn holen, ehe in Gösen das neue Jahr feierlich „eingeläutet" werden konnte, da aber zeigte die Turmuhr bereits auf — eins . . .

Göllingen. Als letzter Rest des hiesigen Kalischachtes „Gewerkschaft Günthershall" werden nunmehr die Kühlhallen abgebrochen, nachdem der Frost nachgelassen hat. Als Trockenanlage einer Dachsteinfabrik wandern sie nach Brandenburg.

Torgau, 10. Jan. Das 66 Jahre alte Fräulein Linke, das infolge eines Beinbruchs krank zu Bett lag wollte die Nachtlampe auslöschen, wobei die Lampe auf das Bett stürzte und dieses in Brand setzte. Frl. Linke wurde schwer verletzt und ist dann im Krankenhaus den Verletzungen erlegen.

Chemnitz. Das gemeinsame Schöffengericht in Chemnitz verurteilte den 31 Jahre alten Bürgermeister der Gemeinde Hermannsdorf bei Annaberg, Martin Rudolf Küttner, wegen Unterschlagung von 10000 Mk. Gemeindegeldern zu einem Jahre sechs Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrenrechtsverlust, und den 23 Jahre alten Gemeindekassierer derselben Gemeinde, Bruno Walter Keil, wegen Unterschlagung von 1750 Mk. amtlichen Geldern zu sieben Monaten Gefängnis.

Beobachter im Unstruttal.

Wettererscheinungen, Mond-Regenbogen.

Wie schon seit einigen Jahren setzt sich auch das letztjährige Winterwetter aus mehreren Kälteperioden zusammen. Besonders merkwürdig war der letzte Wettersturz mit gewaltigen Sturmböen verbunden, denen auch Wetterleuchten (Feenblitze) nicht fehlten. Der Wechsel zwischen Kälte und Wärme hat mehrfach zwischen 20 Grad Kälte und 10, 12 Grad Wärme geschwankt und zur Zeit herrscht ein angenehmes Frühlingswetter. Eine ganz besondere Naturerscheinung aber war am Dreikönigstag, am 6. Januar, abends gegen 6 Uhr, zu beobachten. Dem Vollmond im Osten gegenüber erhob sich im Westen ein Regenbogen, ein Mondregenbogen, der eine volle Viertelstunde deutlich sichtbar blieb und bis zur halben Höhe des Zenits reichte. Es dürfte wohl wenig Zeitgenossen geben, die einmal einen Mondregenbogen gesehen haben.

Nah und Fern.

○ **Generalkonsul Weingärtner verhaftet.** Die Kriminalpolizei hat den Besitzer der Villa in Berlin-Dahlem, in der sich die Explosion ereignete, Generalkonsul Robert Weingärtner, wegen fahrlässiger Tötung sowie wegen Verbrechens und Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz verhaftet.

○ **Wenn man eine Waffe ungesichert trägt, können sich böse Folgen ergeben.** So ging es dem 16jährigen Schneiderlehrling Passow in Woldegk. Der junge Mann hatte sich einen geladenen Revolver in die Rocktasche gesteckt und vergessen, die Waffe zu sichern. Plötzlich ging in der Tasche der Schuß los, und der Unglückliche wurde so schwer getroffen, daß er bald darauf verschied.

○ **Benzinexplosion auf der Entenjagd.** Ein 50 Jahre alter Fischer fuhr in der Nähe von Kolberg mit seinem 20jährigen Sohn in einem Motorboot auf die Entenjagd. Beide sind nicht zurückgekehrt. Dagegen fand man Trümmer von dem Boot. Man nimmt an, daß eine Benzinexplosion das Boot vernichtet hat und beide Insassen ertrunken sind.

○ **Doppelmord an Greisinnen.** In Priom (Kreis Soldau) wurden die 69 Jahre alte Anna Jebrowski und die 64jährige Marie Schimanski in einem Walde unmittelbar an einer Bahnstrecke ermordet aufgefunden. Es handelt sich um Geschwister, die zusammenlebten. Man setzte einen Polizeihund an die Spur. Mit seiner Hilfe gelang es, den Täter festzustellen.

○ **Liebestragödie.** Im Orte Langgrün hat der 20 Jahre alte Dienstknecht Richard Baderschneider aus Röf die 19 Jahre alte Elli Lenk erschossen. Nach der Tat irrte der Täter umher, bis er vom Bürgermeister seines Heimatortes und dem Vater des Opfers entdeckt wurde. Als er sich verfolgt sah, erschoß er sich durch einen Kopfschuß. Die Eltern des Mädchens hatten das Liebesverhältnis zwischen den beiden nicht dulden wollen.

○ **Neues Lawinenunglück im Algäu.** Beim Abstieg von der Trettachspitze wurden der Hilfswerkmeister Sepp Reiter von der Eisenbahnwerkstätte Ulm und der Teekoster Vocker aus Ulm bei der Skiabfahrt von einer Lawine überrascht und verschüttet. Reiter konnte sich herausarbeiten, Vocker wurde als Leiche geborgen.

○ **Der Kampf um die Millionenerbschaft.** Das Städtchen Groß-Umstadt im Odenwald ist in großer Aufregung. Man spricht dort von einer 700-Millionen-Dollar-Erbschaft. Im Jahre 1816 starb in Amerika der Pelzhändler und Schiffsreeder Johann Emmerich. Er war Teilhaber der Millionenfirma Jakob Astor. In seinem Testament bestimmte er, daß die Erbschaft hundert Jahre nach seinem Tode ausgezahlt werden solle. Es haben sich nun inzwischen 174 Millionen Dollar angesammelt, also rund 700 Millionen Mark. Seit 1916 tobt nun ein Kampf um die Erbschaft. In Groß-Umstadt hat man nun in letzter Zeit herausgebracht, daß Johann Emmerich von dort stammt, und zwar aus dem Gasthaus „Zum Engel".

○ **25 Personen durch Methylalkohol getötet.** Nach dem Genuß von Schnaps, der aus Methylalkohol hergestellt war, erkrankten in Laracke 40 Personen unter schweren Vergiftungserscheinungen. 25 Erkrankte sind bereits gestorben.

○ **Provisionsentgegennahme statt Arbeitsvermittlung.** Der schon mehrfach genannte Charles Franklin ist in London verhaftet worden. Er hatte in deutschen Zeitungen annonciert, daß er gegen Entgelt Stellungen in London vermitteln würde. Es laufen noch immer, hauptsächlich aus Deutschland, aber auch aus Österreich und der Schweiz, Gelder ein und man hofft, diese Gelder an die Absender zurückschicken zu können. Außerdem hat die Mutter des Verhafteten sich zum Ersatz der eingegangenen Gelder bereit erklärt.

○ **Hartnäckige Selbstmordversuche eines Zuchthäuslers.** Ein im Zuchthaus von Horsens (Dänemark) untergebrachter Mörder, Jacobsen, hat den siebenten Selbstmordversuch gemacht, indem er ein Stück Eisendraht verschluckte. Der Zuchthäusler versteht es immer wieder, sich verschiedenerlei scharfkantige Gegenstände zu verschaffen, die er in selbstmörderischer Absicht verschluckt. Bisher ist es stets gelungen, ihn durch sofortige Operation zu retten.

○ **Drohung mit dem Telephonstreik.** Der Abwehrverband der Fernsprechinteressenten von Warschau, der 37000 Telephonbesitzer umfaßt, droht den polnischen Postbehörden mit Streik, wenn sie das Zählerwesen nicht sofort reformieren. Auch dort herrscht unter den Telephonabonnenten große Unzufriedenheit wegen Überberechnung der Gespräche durch automatische Zähler.

Pirna. Im Bezirk Lohmen wurden aus einem Pulverhaus eines im Wesnitzgrunde gelegenen Steinbruches zwanzig Sprengpatronen gestohlen.

München. Der Defraudant Oskar Roth, der als Bezirksdirektor einer Versicherungsaktiengesellschaft in Nürnberg 35000 Mark unterschlagen hatte und vor mehreren Wochen geflüchtet war, wurde verhaftet.

Bonn. Eine auf dem Flugplatz Hangelar weidende Schafherde wurde nachts von Hunden überfallen, die 52 Tiere zerrissen.

London. Bei einem Brand in einer Zuckerfabrik in Norwich kamen drei jugendliche Arbeiterinnen ums Leben.

Prozeß gegen den Deutschen und Österreichischen Alpenverein.

Berlin. In dem Rechtsstreit eines Teiles der Sektion Berlin des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins, der sich gegen den Beschluß der Generalversammlung der Sektion vom Sommer vorigen Jahres richtet, eine Anzahl Mitglieder jüdischen Glaubens aus der Mitgliederliste der Sektion zu streichen, fand vor dem Landgericht Berlin II die Urteilsverkündung statt. Die Prozeßverhandlung war am 3. Januar vorangegangen. Das Urteil ging dahin, daß die Ausschließung der Kläger aus der Sektion des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins auf Grund der Beschlüsse vom 20. Mai und 1. Juni 1926 nichtig ist. Die Kosten des Rechtsstreites werden der beklagten Sektion auferlegt.

Selbstmord vor der Hochzeit.

Dessau. In seiner Wohnung erschoß sich der 47 Jahre alte Reichsbankrat Borghardt. Der Selbstmord ist um so auffallender, als Borghardt kurz vor der Eheschließung mit einer jungen Dame stand, die mit ihrer Mutter zu Vorbereitungen zur Hochzeit in Dessau eingetroffen ist. Daß die Tat mit der dienstlichen Tätigkeit Borghardts zusammenhängt, scheint ausgeschlossen zu sein, weil er die übliche monatliche Revision abgewartet hat, bei der seine Dienstgeschäfte in bester Ordnung gefunden wurden.

Der Obligser Posträuber verhaftet.

Saalfeld. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, den Posträuber Rudolf Larm im D-Zug München—Berlin auf der Station Saalfeld festzunehmen. Sein Komplice, der Mörder und Posträuber Johann Hein, hält sich ebenfalls in Deutschland auf, konnte aber noch nicht verhaftet werden.

Ein Reichsbannermann erschossen.

Osnabrück. In dem Dorfe Walsten geriet das Mitglied des Reichsbanners Unlang in politische Meinungsverschiedenheiten mit dem Landwirt Beuke. Als die beiden vor der Wohnung des Landwirts Beuke angekommen waren, lief Beuke in das Haus, nahm eine Jagdflinte von der Wand und schoß hinter Unlang her. Eine Schrotladung traf Unlang so unglücklich, daß er tot zusammenbrach. Der Landwirt Beuke wurde verhaftet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280112-12/fragment/page=0002

Die große Würzekraft

ist ein besonderer Vorzug von **MAGGI**s Würze. Schon wenige Tropfen geben Suppen, Soßen, Salaten und Gemüsen kräftigen Wohlgeschmack. Durch ihre Ausgiebigkeit ist **MAGGI**s Würze sehr billig im Gebrauch.

Verlangen Sie aber ausdrücklich **MAGGI**s Würze.

Abenteurer und Spion.

Dokumentenfälscher Schreck vor dem Reichsgericht.

Vor dem 5. Straffenat des Reichsgerichts begann ein größerer Landesverratsprozeß. Es haben sich wegen Landesverrats, versuchter Spionage, Verrats militärischer Geheimnisse, Urkundenfälschung und Meineides der 48 Jahre alte Landwirt Johann Schreck, der 59 Jahre alte Kaufmann Karl Koch und der 29 Jahre alte Schlosser Gerhard Schutz, sämtlich aus Berlin, zu verantworten. Schreck wird zur Last gelegt, im Jahre 1925 vorsätzlich Schriften, Akten, Denkschriften und Dokumente angefertigt und gefälscht zu haben in der Absicht, sie einer fremden Macht auszuliefern. Desgleichen wird er beschuldigt, Nachrichten, die im Interesse des Reiches geheim zu halten waren, an Polen ausgeliefert zu haben.

Schreck sitzt seit 27 Monaten in Untersuchungshaft. Die lange Untersuchung ist deshalb notwendig geworden, weil das Material, das gegen Schreck vorlag, außerordentlich umfangreich war und weil Schreck durch seine Winkelzüge und durch seine falschen Angaben die Untersuchung des Falles sehr erschwerte. Die Zahl der bisher schon vernommenen Zeugen geht weit in die Hunderte und auch die Zahl der geladenen Zeugen beträgt annähernd hundert.

Schreck hat ein Abenteurerleben hinter sich. Er war Gutsbesitzer, trat aber als Anwalt in Berliner Hotels auf und hat sich unbefugterweise den Doktortitel zugelegt. Von Haus aus war er Maurer, hat sich aber durch Fleiß und Intelligenz emporgearbeitet. Seit dem Kriege befindet er sich auf abschüssiger Bahn.

Der lebende Leichnam.

Ein „Ermordeter" nennt seinen Mörder.

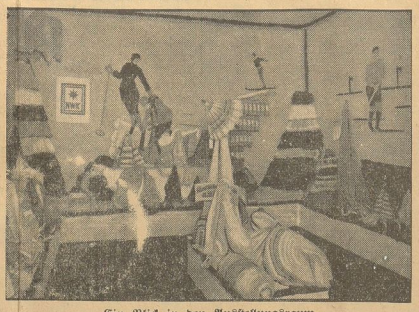
Wie ein blutiger Hintertreppenroman klingt diese Geschichte, aber sie ist buchstäblich wahr, und Siebenbürgen, das gar nicht so weit ab von uns liegt, war ihr Schauplatz. Zwischen Köblös und Szaszhermany rast der Schnellzug dahin, als der Heizer, der auf dem Tender der Lokomotive Kohlen schaufelt, plötzlich aus dem angekoppelten Postwagen Angst- und Hilferufe zu hören glaubt. Er macht den Lokomotivführer darauf aufmerksam, aber der kann sich der Sache nicht weiter annehmen, da er den Zug gerade über eine bedenkliche Strecke zu bringen hat. Und außerdem sind die Angstschreie bereits wieder verstummt.

Haltestelle. Die angekommenen Postsachen müssen abgeliefert, neue sollen aufgeliefert werden. Aber wo ist der Bahnpostschaffner Hubes? Der Bahnpostschaffner Hubes liegt mit 25 durch Axthiebe verursachten Wunden besinnungslos im Postwagen. Daher also die Hilferufe unterwegs. Der Postwagen ist ausgeraubt. Wie das geschehen ist, weiß kein Mensch, denn der einzige Zeuge kann nicht mehr aussagen. Man bringt den erschlagenen Postschaffner in ein Kronstadter Hospital, wo die Ärzte seinen Tod feststellen. Die Leiche kommt in die Totenkammer und soll am nächsten Morgen durch die Gerichtsärzte seziert werden.

Der Morgen bricht an. Der arme Hubes wird aus der Leichenkammer geholt und auf den Seziertisch gelegt. Die Leichenschau kann beginnen, der Oberarzt und seine Assistenten sind mit den Instrumenten zur Stelle. Da — ein Schrei aus Frauenmund, dem Mund einer jungen Ärztin: „Der Tote lebt, er hat sich soeben bewegt!" Der Tote lebt wirklich — trotz der gräßlichen 25 Beilwunden. Langsam richtet er sich auf und starrt die Umgebung an. Dann kommt er überraschend schnell zur Besinnung und kann klar und deutlich berichten, daß er von dem Agrarbeamten Olti im Postwagen überfallen und niedergeschlagen worden sei. Olti wird sofort festgenommen und ist, da er den Postschaffner, den er für tot halten mußte, lebendig sieht, so entsetzt, daß er alles gesteht. Ein verlorener Sohn aus vornehmer Familie ist dieser Olti, ein Mensch, der auf die schiefe Ebene geraten und nun zum Raubmörder geworden ist. Sein Opfer ist zwar sehr schwer verletzt, aber es wird trotzdem vielleicht durch die Kunst der Ärzte gerettet werden können. Schreibt das Leben nicht weit spannendere, fast möchte man sagen unglaubwürdigere Romane als die Phantasie der Dichter?

Die Welt in Wolle.

In der Berliner Zentrale der Hausfrauenvereine Groß-Berlin, Am Karlsbad 12/13, findet eine Wollausstellung statt. Was mit der Wolle geschieht, wie sie sich wandelt von dem Augenblick an, da sie „geerntet" wird bei der Schur, bis sie im Laden in allen Farben feilgeboten wird — das lernt der Besucher oder die Besucherin, für die diese Ausstellung gedacht ist.



Ein Blick in den Ausstellungsraum.

Die Explosionskatastrophe in Berlin.

Zwei Tote, acht Schwerverletzte.

Während ganz Berlin noch unter dem tiefen Eindruck der schrecklichen Explosionskatastrophe in der Landsberger Allee steht, hat sich bereits ein neues Unglück ereignet, das nur deshalb nicht dasselbe Ausmaß angenommen hat, weil es sich um ein Villengrundstück handelt, in dem nur wenige Personen wohnen. Die Unglücksstätte befindet sich auf dem Grundstück Parkstraße 40-42 in Dahlem, das den beiden Chemikern Dr. Weingärtner und Stammer gehört, die sich mit der Herstellung von Lebenselixieren, Magnesiumfackeln und ähnlichen chemischen Präparaten befaßten.

Wie gewöhnlich befand sich der Chemiker Max Stammer in dem im Kellerraum des Seitenflügels der Villa befindlichen Laboratorium, um dort Versuche zu machen. Plötzlich erfolgte eine furchtbare Explosion, durch welche das Seitengebäude sowie die sich anschließende Garage in die Luft gesprengt und vollständig zerstört wurden. Auch der Garten, der mit hohen Tannen bestanden ist, bietet ein Bild der Verwüstung. Überall liegen Stein- und sonstige Trümmermassen umher. Welche Gewalt die Explosion gehabt hat, ersieht man auch daraus, daß

Betten und Möbelstücke in die Höhe geschleudert

und in den Wipfeln der hohen Tannen hängengeblieben sind. Die auf den Alarm herbeigeeilte Feuerwehr und die Polizei konnten zunächst die fast vollständig zerrissene Leiche des Chemikers Max Stammer bergen sowie die Leiche des Hausmädchens Martha Schönfelder. Acht Personen sind verletzt worden.

Eine oberflächliche Besichtigung der Laboratoriums- und Lagerräume hat ergeben, daß die Vorschriften über die Einlagerung von Sprengstoffen in keiner Weise beachtet worden sind und daß infolgedessen die ganze Anlage, die noch dazu in einem reinen Wohnviertel liegt, absolut unzulässig war. Sie war auch nicht polizeilich angemeldet.

Es stellte sich dann weiter heraus, daß Stammer und Weingärtner im Hause und in der Garage ein größeres Lager hochexplosiver Stoffe unterhielten. Neun Fässer mit Sprengstoffen gefüllt gelangten glücklicherweise nicht zur Explosion und konnten beschlagnahmt werden. Wären auch diese Mengen explodiert, so wäre in der ganzen Gegend kein Stein auf dem anderen geblieben. — Die Strafuntersuchung ist eingeleitet.

Ein Jahr Barmat-Prozeß.

Bisher 230 000 Mark Kosten. 2800 Seiten Protokolle.

Am 11. Januar 1928 ist ein Jahr seit dem Beginn der Hauptverhandlung im Barmat-Prozeß vergangen. Bisher ist an 157 Tagen verhandelt worden. Die Akten sind bis jetzt auf 70 Hauptbände und 1000 Nebenbände angeschwollen. Die Anklage allein umfaßt 648 Druckseiten. Bisher sind 59 schriftliche Gutachten von Sachverständigen erstattet worden. Die Protokolle der Hauptverhandlung allein füllen sieben Aktenbände mit 2800 Seiten. Die Kosten des gesamten nunmehr stark drei Jahre dauernden Strafverfahrens, also einschließlich des staatsanwaltschaftlichen Ermittelungsverfahrens der Voruntersuchung und der bisherigen Hauptverhandlung, betragen etwa 230 000 Mark.

Die Lage der älteren Angestellten.

Eine Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums.

Dem Reichstag ist vom Reichsarbeitsministerium auf Grund einer Reichstagsentschließung eine Denkschrift über die Lage der älteren Angestellten zugegangen. Nach einer Aufzählung der bisherigen Maßnahmen des Reiches wird die Möglichkeit erweiterter Maßnahmen behandelt, wie die Meldepflicht, die Beschäftigungsverpflichtung und die Schaffung eines Abkehrgeldes für entlassene Angestellte. Es wird dabei auf zahlreiche Bedenken verwiesen, die gegen solche Maßnahmen vorgebracht werden.

Eine durchgehende Sonderstellung der älteren Angestellten, so führt die Denkschrift aus, liege nur hinsichtlich der Dauer der Erwerbslosigkeit vor. Eine ungünstigere Lage hinsichtlich des Umfangs der Erwerbslosigkeit sei zwar gegenüber den jüngeren Angestellten, aber nicht gegenüber den älteren Arbeitern gegeben. Ob unter diesen Umständen erweiterte Sondermaßnahmen zugunsten der älteren Angestellten gerechtfertigt sind, werde der Reichstag zu entscheiden haben. Der Zweck der Denkschrift sei es, die Vor- und Nachteile der verschiedenen Maßnahmen einander gegenüberzustellen und so den gesetzgebenden Körperschaften das Material für ihre Entscheidungen zu liefern.

□ **Übereifter Rechtsmittelverzicht Verurteilter.** Im Strafprozeßverfahren geschieht es oft, daß der Angeklagte im unmittelbaren Anschluß an die Urteilsverkündung vom Vorsitzenden des Gerichtshofes veranlaßt wird, zu erklären, daß er auf die Einlegung von Rechtsmitteln, das heißt: auf die Ansechtung des Urteils in einer höheren Instanz, verzichte. Er wird zunächst, wie das Gesetz es verlangt, über das zulässige Rechtsmittel belehrt, dann aber zu der besagten sofortigen Erklärung über seine Absichten aufgefordert. Mehr als ein Angeklagter mag glauben, daß er zu dieser sofortigen Erklärung verpflichtet sei, und infolge seiner durch die Verurteilung bedingten starken Gemütserregung eine übereilte Erklärung abgeben, die er später, bei ruhiger Überlegung, bereut. Da er sie dann aber nicht mehr rückgängig machen kann, muß es bei dem Urteil bleiben. Um dem entgegenzuwirken, hat der preußische Justizminister eine allgemeine Verfügung erlassen, in der es heißt, daß es nicht im Sinne des Gesetzes liege, wenn ein Verurteilter zu der sofortigen Erklärung im Sinne eines Verzichts auf Revision des Urteils veranlaßt werde. Es müsse unter allen Umständen der Eindruck vermieden werden, als ob dem Angeklagten durch das Gericht zu dem Verzicht zugeredet werden soll.

Altes und Neues vom Bockbier.

Von H. B.

Nach Neujahr beginnen in Norddeutschland die Bockbierfeste. Im eigentlichen Bierlande, im Süden, spart man sich die Bockbierfreuden aber länger auf. Woher nun der Name und überhaupt das mit ihm bezeichnete Getränk? Das Bockbier hat ja die angenehme Eigenschaft, den Menschen es bald gleichgültig erscheinen zu lassen, von wem es kam und von wem es kommt. Aber trotzdem ist es nicht ganz uninteressant, auch für den ausgesprochenen Bockbierverehrer, zu wissen, welches der Ursprung des Bockbieres ist, wo seine Wiege stand und wer überall mit Bock und Bockbier in Verbindung gebracht wird.

Auch beim Bockbier, das jetzt in aller Welt bekannt ist, kann sich Deutschland als Geburtsland rühmen. Bockbier ist eine deutsche Angelegenheit. Viele führen nämlich den Ursprung des starken Bieres auf den Kultus der alten Germanen für ihren Donnergott Donar zurück. Besagter Donar soll nämlich die Angewohnheit gehabt haben, auf einem Bockgespann durch die Lüfte zu rasen, in Ermanglung eines Flugzeuges. Die alten Deutschen gaben ihrer Verehrung für Donar dadurch Ausdruck, daß sie ihm, sooft sich die Gelegenheit bot, einen Bock opferten. Auf diesen Opferfesten wurde ziemlich viel getrunken und den Ehrentrunk, den man dem Gott weihte, nannte man den Bocksehrentrunk, und daher der Name Bockbier.

Die Flüssigkeit, welche die alten Germanen tränken, war noch kein Bier in unserem Sinne, obwohl es bekanntlich schon ein bierähnliches Getränk zu den ältesten Zeiten Roms gegeben haben soll. Schon Sophokles, Plinius und Aschylos kannten es und die alte römische Stadt Pelusium war ungefähr für das Römische Reich das, was jetzt München für Deutschland ist.

Wenn man auf die alten Germanen zurückgreift, so soll der angebliche König von Brabant, Gambrinus mit Namen, der Erfinder des deutschen Bieres gewesen sein und noch heute sind die Erinnerungen an Gambrinus wach. Bockbierfeste heißen häufig auch Gambrinusfeste. Das alles läßt eine andere Lesart erklärlich erscheinen, wonach nämlich das Bockbier bereits im alten Rom bekannt war. Kein Geringerer nämlich als Kaiser Julian soll einst einen Ausspruch getan haben, der auf Deutsch lautet: „Dieser Nektar riecht nach Bock."

Wenn man sich aber an den Ursprung des deutschen Bockbieres hält, so streiten sich wiederum verschiedene Kreise um die Ehre, das Bockbier erfunden zu haben. Kann man es den Bayern verdenken, wenn sie das Bockbier für sich reklamieren? Es soll einen bayerischen Ritter gegeben haben, der äußerst trinkfest war, aber dennoch eines Tages derartig berauscht wurde, daß er der Länge nach zu Boden fiel. Als er erwachte, erklärte er, er sei nicht berauscht gewesen, sondern von einem Ziegenbock gestoßen worden und so zu Fall gekommen. Dieser Fall kam den Bayern so merkwürdig vor, daß sie das Bier, von welchem der bayerische Ritter getrunken hatte, von nun an Bockbier nannten. Und auch die Redensart „der ist vom Bock gestoßen" rührt wohl von dieser Zeit her.

Neben Bayern nehmen auch andere Länder das Recht für sich in Anspruch, Ursprungsländer des Bockbiers zu sein. In Mecklenburg braute man früher ein sogenanntes Wodelbier, wobei man Wodan statt Donar als den Urheber des Bieres annahm. Das Wodelbier, das den Schnittern nach der Ernte gereicht wurde, hieß später Bockbier.

Auch in Berlin gibt es eine eigene Lesart. Ein Stiefsohn des Berliner Brauers Hopf soll nämlich auf dem vortigen Tempelhofer Feld eine große Brauerei gehabt und später ein in der Nähe befindliches Mühlengrundstück dazugekauft haben, auf dem die „Bocksmühle" stand. Daher soll der Name gekommen sein.

Als das Bockbier, ganz gleich woher, einmal da war, wurde es in allen Gegenden des Deutschen Reiches so bekannt, daß sein Erscheinen von Jahr zu Jahr freudiger begrüßt wurde. Die Ausgabe geschah dann immer früher im Jahre. Es gab eine Zeit, in der es vor Pfingsten kaum Bockbier gab.

Alle möglichen Städte und Gegenden Deutschlands haben ihre eigenen Bockbiersitten. So erklärt z. B. die Stadt Einbeck, sie hätte eine besondere Beziehung zum Bockbier. Das Einbecker Bier, das im Mittelalter schon gebraut wurde, hieß natürlicherweise Einbecker Bier. Aus dem Einbecker Bier soll Einbocker Bier und zu guterletzt Bockbier entstanden sein. Was Einbeck kann, konnte das schlesische Städtchen Kosel auch. Noch vor hundert Jahren stieß man in Kosel alljährlich, wenn das stark gebraute Bier herauskam, einen Bock vom Stadtturm herab.

Daß man die Bockbierfeste in Bayern mit besonderer Begeisterung feierte, braucht wohl nicht erst erwähnt zu werden. In Insterburg vergoldete man einem Ziegenbock die Hörner und der Brauer brachte seinen Kunden das Bier auf einem Wagen, der mit einem Ziegenbock bespannt war, ins Haus.

Eine merkwürdige Bockbiersitte hatte noch vor wenigen Jahrzehnten eine kleine Stadt in der Rheinpfalz. Dort existierte nämlich eine altverbriefte Bestimmung, wonach alljährlich an das benachbarte Dürkheim als Entschädigung für Streugrundbenutzung ein Bock abgeliefert werden mußte, und diesen besagten Bock schlachtete und verzehrte man natürlich in Dürkheim unter einer riesigen Beigabe von Bier. 1839 gab es in Berlin das erste Bockbier, und zwar in der Berliner Bockbierbrauerei Tivoli auf dem Kreuzberg.

Ist es nun nach alledem, was wir über das Bockbier schon wissen, eigentlich noch nötig, die Geheimnisse der Bockbiereibereitung auszuplaudern? Man kann sich denken, daß die Stärke des Bockbieres durch die Behandlung des Malzes erreicht wird. Das Bockbiermalz muß eben länger keimen und soll länger dörren, damit es später den angenehmen Geschmack bekommt. Der Zecher fragt ja nicht danach, ob das Bier bei einer Hitze von 65 Grad gebraut wird, während das gemeine Helle und das ebenso gemeine Dunkle nur 54 Grad bewilligt bekommen. Der Zecher fragt auch nicht, wann das Bockbier gebraut wird. Er würde vielleicht staunen, wenn er hört, daß es schon im Herbst gebraut wird und daß die Gärung heutzutage bis Ende Dezember dauert. Für den Durstigen ist der Anstich das Maßgebende und der hat nun vielfach begonnen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280112-12/fragment/page=0003

?? Wo gehen wir am 22. Januar hin??

Vermischtes.

— **Die Schönheitskonkurrenz der „Miezen“.** Schönheitswettbewerbe sind an der Tagesordnung und es ist nicht einzusehen, warum, da jetzt die Konfektionsdamen ihre Schönheitskönigin haben, nicht auch die Miezen sich in bezug auf Schönheit miteinander messen sollen, um einander auszuzischen und durch einen Schönheitspreis ausgezeichnet zu werden. Die Miezen sind aber nicht, wie Schlauberger vielleicht vermuten könnten, Fräuleins dieses Namens, sondern richtige Kätzchen — aber auch ganz niedlich. Auf einer „Schau“, die in Berlin eigens zu diesem Behuf arrangiert worden ist, kann man diese reizenden Katzen, die in Schönheit leben, bewundern. Noch mehr zu bewundern aber sind die dazu gehörigen „Frauchen“, die die Ausstellung „beschickt“ haben und den lieben langen Tag neben den Miezenkäfigen hocken, damit ihren Lieblingen kein Leid geschehe. Denn es gibt böse, ach! so böse Menschen auf dieser Welt, die jeder Katze am liebsten die Augen auskratzen möchten, bevor die Katze selbst mit dem Kratzen beginnt. Und was die guten „Frauchen“ da alles auf Zettelchen gedichtet und an die provisorischen Käfige der Miezen angeheftet haben — nein, es ist nicht zu sagen, denn es sind Intimitäten darunter, bei denen man als gut erzogener Mensch errötet, wenn man sie zu hören bekommt, Intimitäten aus dem Liebes- und Familienleben der goldigen Kätzchen. Aber vielleicht interessiert es jemand zu hören, daß eines der Kätzchen neckisch „Kerlchen“ genannt wird, und daß „Kerlchen“ Pfötchen geben, schön machen, sich tot stellen und eigenpfötig jede Tür aufklinken kann. Die „Seniorinnen“ der Ausstellung sind zwei ehrwürdige Katzen von 18 und 16 Jahren. Sie sind nie auf die Straße gekommen, haben sich stets tadellos aufgeführt und sind in Ehren grau geworden — das heißt: grau waren sie schon von Anfang an. Jetzt haben die beiden alten Katzenfräuleins keine Zähne mehr, aber ihr „Frauchen“ findet sie trotzdem wunderhübsch.

Ballsaison.

Wir sind mitten drin — sozusagen, ohne daß wir uns dessen bewußt wurden, ist sie über uns gekommen. In jedem Jahre ist das in gleicher Weise der Fall, aber immer wieder erscheint uns die Ballzeit als etwas Neues, Unerhörtes, Märchenhaftes. Wer nicht schon vor Weihnachten mit dem Tanzen angefangen hat, tut es ganz bestimmt zwischen Silvester und Aschermittwoch. Ganz müßig ist die Frage, wann eigentlich der Karneval oder Fasching — auf den Namen kommt es ja nicht an, wo es einzig um die Sache geht — anhebt. Sobald das neue Ballkleid zur Stelle ist — früher „baute“ das die Hausschneiderin, jetzt kriegt man das erforderlichen Meter Stoff schon fertig zusammengenäht — und sobald Mutter Vatern mit diplomatischer Schlaue überzeugt hat, daß er sich den heiligen Familienpflichten nicht mehr entziehen kann, da die heiratsfähigen Töchter unbedingt unter Menschen kommen müssen, wenn sie nicht sitzen bleiben und „versauern“ sollen, beginnt die Ballsaison. Die dazugehörigen Bälle sind immer schon da, denn sämtliche Vereine haben mobil gemacht: der Radfahrerbund und die Kegler und die Feuerwehr und die Schützen, und überall steht wirkliches Vergnügen in Aussicht, denn man hat überall gute Freunde. Wer das gemütliche Vereinsleben in deutschen Landen kennt — und wer könnte es nicht? —, weiß, daß die Vereinsbälle zu dem Schönsten gehören, was man sich denken kann, und daß sie an wirklichet, echter Gemütlichkeit die Riesenbälle der Großstadt mit ihren tausendundein Besuchern, von denen kaum einer den andern kennt, hinmelhoch übertreffen. Alles freut sich wochenlang vorher, und Mutter hat alle Hände voll zu tun, um ihre Mädels fein zurechtzumachen, damit sie bestehen können. Und weil sie noch selbst mit der Jugend empfindet, ist sie mit ganzem Herzen bei der guten Sache. Vater aber denkt innig an einen Nachtstat mit allen Schikanen. Wenn er Glück hat und die üblichen Grandkarten bekommt, kann er unter Umständen die ganzen Ballkosten herausschlagen.

Milch und Honig.

Münchener Brief.

München, im Januar.

Auf dem Hauptbahnhof haben wir jetzt eine reizende, kleine, saubere Milchstube, in der es kalte und warme Milch, Käse aller Art, Joghurt, Kefir, Schlagsahne mit Erdbeeren und Ananas, allerlei Gebäck, harte und weiche Eier und — Honig gibt. Wer hätte noch vor ein paar Jahren gedacht, daß aus der Bierstadt München eine Stätte werden könnte, da Milch und Honig fließt. Die Milchstube ist von morgens bis nachts geöffnet und macht, wie es scheint, ganz ausgezeichnete Geschäfte; jedenfalls ist sie immer voll von Menschen aller Art: Reisende, Tippfräuleins, Studenten, Bahnpersonal, junge Kaufleute gehen ein und aus. Ja, selbst einen typischen Münchener behaglichen Dienstmann sah ich dort seinen Käse essen und Milch und Honig schlürfen. Wer hätte sich jemals früher einen Dienstmann mit Milch vorstellen können, einen Münchener Dienstmann, zu dem der Maßkrug gehörte wie die rote Mütze! — Merkwürdigerweise wird die Milchstube von weit mehr Männern als von Frauen und Kindern besucht; man hat ausgerechnet, daß 75 Prozent der Besucher zum starken Geschlecht gehören. Als gewissenhafter Chronist habe ich natürlich auch die Milch probiert; sie war wirklich gut und nicht wäßrig, auch nicht zu teuer. Ich sah gerade, als ich mich eben gesetzt hatte, ein kleines Mädchen eine Flasche mit einem Schnuller dran der weißgekleideten Jungfrau reichen; wie das Bier aus der Gassenschänke für den Vater, so wurde hier die Milch für den Säugling geholt. Das war ein wirkliches Münchener Bild und das gesamte Publikum hatte seine Freude dran. — Der Reinertrag der Milchstube kommt einem Mütter- und einem Kinderversorgungsheim zugute.

Der Trieb vom Dunklen ins Helle macht sich übrigens auch beim Bierzinker stark bemerkbar. Das helle Bier läuft dem dunklen immer mehr den Rang ab, und wenn auch die Liebhaber des Pilsener Urquells behaupten, das Münchener „Helle“ reiche nicht an das „Pilsener“ heran, so muß doch jeder zugeben, daß die geschickten Münchener Brauer es verstanden haben, sich dem veränderten Geschmack des Publikums anzupassen. — Auch der Weißbierkonsum hat beträchtlich zugenommen; vor nicht langer Zeit hat die Weißbierbrauerei in Erding, einem kleinen Ort nicht weit von München, hier einen großen Palast eröffnet, der stark besucht wird, und seit Oktober braut auch die bekannte Löwenbrauerei ihr eigenes Weißbier und hat in den bekannten Matthäserbierhallen einen eigenen Ausschank eingerichtet. Dabei ist nach wie vor das uralte Münchner weiße Brauhaus gut besucht. Das Weißbier ist übrigens älter als das Braunbier, das seinerzeit aus Einbeck in Hannover eingeführt wurde. Bekanntlich stammt daher der Name „Bock“. Das bayerische Weißbier ist zwar ein obergäriges Bier und kann daher nur aus Flaschen verschänkt werden, aber man darf es nicht mit dem Berliner Weißbier verwechseln, das neben Kohlensäure und Alkohol auch noch Milchsäure enthält. Das hiesige Weißbier heißt eigentlich Weizenbier und besteht wie das braune Bier auch nur aus Hopfen und Malz, nur daß statt des Gerstenmalzes Weizenmalz verwendet wird. Es ist alkoholreicher als die Berliner Weiße und man kann darum auf die „Strippe“, den beliebten Kümmel, verzichten.

Auch in geistiger Beziehung steht in München das Streben zum Lichten nicht hinter anderen Städten zurück. Für die Volksbildung wird hier in reichem Maße gesorgt. Wir haben Volkshochschulen, die Gewerkschaften haben ihre Bibliotheken, die Studenten ihre Lesezimmer usw., aber was nicht jede Stadt hat, ist die seit einigen Jahren bestehende große städtische Lesehalle, die jeder kostenlos benutzen kann, wenn er sich vom Magistrat eine Lesekarte besorgt, die natürlich auch nichts kostet. In den neuen Räumen sind drei große Säle vorhanden, einer für Damen, einer für Nichtraucher und einer für Raucher. Alle bedeutenderen deutschen Tageszeitungen sind vorhanden, sehr viel Fachzeitschriften und fast alle illustrierten Wochenschriften sowie die meisten belletristischen Monatsblätter, so daß man den ganzen Tag lesen kann, wenn man Zeit hat. Und Zeit haben hier immer noch mehr Menschen als anderswo. Nirgends gibt es wohl so viele arme Menschen, die sich so „durchwursteln“, wie hier. Meist sind es ältere Leute und in besseren Zeiten saßen diese nachmittags in ihrem Kaffeehause und lasen. Gerade für diese vielen Menschen ist das Vorhandensein eines Rauchzimmers eine wahre Wohltat. Hoffentlich zieht nicht eines Tages ein rauchfeindlicher Geist in den Magistrat ein. — Es gibt natürlich auch Leute, die die Lesehalle als Wärmestube benutzen, wenn sie zu Hause keine Kohlen haben, und man sieht öfter einmal jemanden hinter seiner Zeitung einnicken. Aber man stört die Schläfer nicht, denn die meisten, die hier sitzen, wissen aus eigener Erfahrung, wo und wie einen der Schuh drücken kann.

B. Wassertreter.

---

* **Produktenbörse.** Die amerikanischen Getreidebörsen lagen schwach, die Cifforderungen waren auf der ganzen Linie wieder ermäßigt, ohne hier Interesse zu begegnen. An der Mittagsbörse war infolge des gleichzeitig stattfindenden Saatenmarkts der Besuch weniger stark als sonst. Die Getreideofferten vom Inlande waren für die Nachfrage mehr als genügend und die Tendenz im Geschäft auf Abladung war daher matter. Im Zeithandel mangelte es nicht an Beteiligung. Für Weizen waren, zum Teil von hier anwesenden Besuchern des Saatenmarktes, Verkaufsaufträge auszuführen, und auch die frühlingsmäßige Witterung führte aus den Provinzen manche Orders herbei, so daß die Preise nachließen. Für Roggen fehlte es gleichfalls nicht an Abgaben, wobei für Märzlieferung Realisationen drückten, und für spätere Sichten Verkäufe auszuführen waren. Preise lassen auch für dieses Getreide nach. Gerste in guter Ware wenig offeriert, aber ziemlich reichlich in minderen Qualitäten. Hafer ist vermehrt am Markt, aber wenig beachtet. Mais matt und still, auch Mehl sehr ruhig.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	10. 1.	9. 1.		10. 1.	9. 1.
Weiz., märk.	233-236	235-238	Weizkl f.Brl.	15,0	15,0
pommersch.	—	—	Rogkl. f. Brl.	15,0	15,0
Rogg., märk.	235-238	237-240	Raps	345-350	345-350
pommersch.	—	—	Leinsaat	—	—
westpreuß.	—	—	Vikt.-Erbsen	51-57	51-57
Braugerste	220-266	220-266	kl. Speiseerb.	32-35	32-35
Futtergerste	—	—	Futtererbsen	21-22	21-22
Hafer, märk.	200-211	201-212	Peluschken	20-21	20-21
pommersch.	—	—	Ackerbohnen	20-21	20-21
westpreuß.	—	—	Wicken	21-24	21-24
Weizenmehl			Lupin., blaue	14,0-14,7	14,0-14,7
p. 100 kg. fr.			Lupin., gelbe	15,7-16,1	15,7-16,1
Bin.br. inkl.			Seradella	21,0-25,0	21,0-25,0
Sack (feinst.			Rapskuchen	19,7-19,8	19,7-19,8
Mrk. ü. Not.	30,5-34,0	30,5-34,0	Leinkuchen	22,1-22,4	22,1-22,4
Roggenmehl			Trockenschl.	12,2-12,4	12,2-12,4
p. 100 kg. fr.			Soya-Schrot	21,1-21,6	21,1-21,6
Berlin br.			Torfstr.(30/70	—	—
inkl. Sack	31,2-33,7	31,2-33,7	Kartoffelflck.	23,8-24,2	23,8-24,2

* **Amtliche Heu- und Strohnotierungen.** Quadratballen drahtgepr. Roggenstroh 0,85—1,15, desgl. Haferstroh 0,80—0,95, desgl. Gerstenstroh 0,70—0,90, desgl. Weizenstroh 0,80—1,05, Roggenlangstroh 1,00—1,30, bindfadengepreßtes Roggenstroh 0,70—0,90, desgl. Weizenstroh 0,70—0,80, Häcksel 1,60—1,85, handelsübliches Heu 1,50—2,00, gutes Heu 2,40—2,80, Timothy 3,40—3,80, Kleeheu lose 3,30—3,80, Luzerne lose 3,50—4,00.

Von amtlicher Seite geht uns folgendes zur Veröffentlichung zu:

Gemeindefinanzen, Getränkesteuer und Winzerhilfe

Die Gemeinden befinden sich bei der Aufstellung des Etats für 1928 in einer schwierigen Zwangslage. Auf der einen Seite haben sich ihre zwangsläufigen Ausgaben erheblich erhöht, ohne daß Reich und Länder dafür Sorge getragen haben, ihnen neue Einnahmen zur Verfügung zu stellen. Auf der anderen Seite ist ihre Erwartung auf höhere Einnahmen aus der Einkommensteuer durch die Senkung der Einkommen- und Lohnsteuer auf ein Mindestmaß zusammengeschrumpft, während die Steuerpflichtigen eine Senkung der Realsteuern verlangen oder zum mindesten ihrer weiteren Anspannung widerstreben. Es bleibt daher den Gemeinden nichts anderes übrig, als ihre Ausgaben auf das Allernotwendigste zu beschränken und für diejenigen Ausgaben, die unvermeidbar und unaufschiebbar sind, aber aus den jetzigen Erträgen nicht bestritten werden können, neue Einnahmen zu suchen. Eine solche Steigerung der Gemeindeeinnahmen ist am ehesten zu erreichen durch eine Erweiterung der gemeindlichen Getränkesteuer, welche im April 1927 für Wein, Schaumwein und Tränkranntwein völlig beseitigt und für Bier bis zu 7% des Herstellerpreises herabgesetzt ist, so daß sich die Einnahmen in diesem Jahre von 80 auf 50 Millionen gemindert haben. Die meisten ausländischen Kulturstaaten, die sich in besserer wirtschaftlicher Lage befinden als wir, besteuern den Alkoholverbrauch erheblich höher, z. B. England 5mal so hoch. Die Steigerung der Steuer gegenüber 1913 beträgt dort 247%, gegenüber 31% in Deutschland. Auch die Weinsteuer ist in England 2½mal so hoch wie die deutsche Weinsteuer vor ihrer Aufhebung. Eine Erweiterung der gemeindlichen Getränkesteuer ist um so mehr vertretbar, als es sich um die Besteuerung eines vermeidbaren Genußmittels handelt. Ebenso erscheint es berechtigt, den Alkoholgenuß mit den Kosten der steigenden Schäden zu belasten, die sein Mißbrauch den Gemeinden auf dem Gebiete der öffentlichen Fürsorge verursacht. Dieser Anteil der Alkoholschäden an den Gesamtausgaben der Wohlfahrtspflege wird heute auf rund 30% geschätzt.

Wenn von mancher Seite eingewendet wird, daß eine gemeindliche Weinsteuer im Interesse unseres notleidenden deutschen Weinbaues nicht verantwortet werden könne, so ist dem entgegenzuhalten, daß ihre Aufhebung zwar in gewissem Umfange zur Linderung der Notlage der Winzer beigetragen hat, daß aber die günstige Beeinflussung des Verbrauches, die von ihrer Senkung ausging, zweifellos überschätzt wird. Soweit eine Verbrauchssteigerung tatsächlich festzustellen ist, hat die erheblich zugenommene ausländische Weineinfuhr den Hauptvorteil davon gehabt. Diese schädigt aber den deutschen Weinbau, wodurch die Vorteile des Wegfalls der Weinsteuer, soweit sie bisher unseren Winzern zugute gekommen sind, wieder ausgeglichen werden. Eine wirksame Winzerhilfe kann daher in einem Wegfall der gemeindlichen Weinsteuer nicht erblickt werden. Für unseren deutschen Weinbau sind vielmehr produktive Maßnahmen zu fordern, die ihn in jeder Beziehung rentabel machen und befähigen, auch im Auslande jede Konkurrenz aufzunehmen, z. B. Schädlingsbekämpfung und Beschaffung schädlingssicherer Reben, bessere Erschließung der Weinbergelände und Anlage neuer Weinbergwege, sowie Umstellung des Weinbergbaues auf andere landwirtschaftliche Kulturen in Gegenden, in denen er nicht mehr produktiv gestaltet werden kann. Weitere Maßnahmen müßten der Verbesserung der Traubenverwertung und dem Ausbau der staatlichen Versuchsanstalten dienen. Die hierfür in diesem Jahre bereitgestellten Staatsmittel können als ein erfreulicher Anfang in dieser Richtung begrüßt werden. Sie bedürfen aber noch einer Verstärkung, um dem deutschen Weinbau zu einem neuen Aufstieg zu verhelfen. Jedenfalls wird eine unvoreingenommene, durch keinerlei persönliche Interessen getrübte Betrachtung nach alledem nicht daran vorübergehen können, daß eine stärkere Anspannung der Getränkesteuer dem Nutzen der Allgemeinheit dient und zwecks Verhinderung einer allgemeinen Steuererhöhung nicht länger zu umgehen ist. Insbesondere wäre es sowohl im Interesse der Vermeidung einer Ueberspannung der Realsteuern als auch im Interesse einer möglichst gleichmäßigen Belastung zweckmäßig, wenn die Getränkesteuer innerhalb bestimmter Grenzen — ebenso wie seit Jahren die Vergnügungssteuer — den Gemeinden zur Pflicht gemacht würde.

Anfang Januar 1928.

Ich beehre mich anzuzeigen, daß ich mich in **Freyburg** (Unstrut) als **Rechtsanwalt** niedergelassen habe.

Ernst Friedrich,
Rechtsanwalt

Wir haben uns zur gemeinsamen Ausübung der Praxis verbunden und bitten, das bisher erwiesene Vertrauen auch auf unsere Sozietät zu übertragen.

Walter Goedecke, Rechtsanwalt und Notar
Ernst Friedrich, Rechtsanwalt

Achtung! Voranzeige **Achtung!**

Sonntag, den 29. Januar, abends 7 Uhr findet im

„RATSKELLER“

Großer

Preis-Maskenball

statt, wozu freundlichst einladen

Fr. Koch u. Frau.

Hausmann,
zuverlässig, der alle Hofarbeiten übernimmt, sucht sofort
Maternfabrik F. Schneider, Nebra a. U.

Vaterl. Frauenverein
Donnerstag, den 12. Januar, abends 8 Uhr:
Monatsversammlung
im Gasthaus „Zur Burg“ (Fr. Möder).
Jahresbeitrag wird eingesammelt

Turnverein
Sonnabend, den **14. Januar,** abends 8 Uhr
General-Versammlung
im Gasthaus „Zur Burg“.
Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist Ehrenpflicht!
Der Vorstand.

Teppiche — Läufer ohne Anzahlung in 10 Monatsraten lieferbar.
Teppichhaus Agay & Glück, Frankfurt a. M. 636
Schreiben Sie sofort!

Man staunt immer wieder
über die schönen, klaren Abdrücke Ihrer Gummistempel.
Wollen Sie mir nicht ihre Bezugsquelle verraten?
Aber gerne; ich kaufe nur von
Wilh. Sauer, Roßleben
Buch- u. Papierhandlung
Buchdruckerei • Zeitungsverlag

Zum Strandfest der Radfahrervereinigung Nebra u. Umgegend im „Schützenhaus“

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280112-12/fragment/page=0004

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 5 — Donnerstag, den 12. Januar 1928 — 41. Jahrgang

Ein eleganter Sprung.

Man muß in Deutschland einfach damit rechnen, daß Polen da ist und fürs erste auch dableibt; dafür sorgen schon England, Frankreich und die sonstigen Nutznießer des Versailler Vertrages. Und daß fürs erste auch die Grenzen so bleiben, wie sie vor neun Jahren und später festgelegt wurden. Freilich wird dies alles nicht genügen, um unsere nie erlöschende Hoffnung auszutilgen, daß es auch einstmals wieder anders wird. Es empfiehlt sich also, ein Verhältnis zwischen beiden Staaten herzustellen, das ein schiedlich-friedliches Nebeneinander ermöglicht.

Würde es sich dabei bloß um rein wirtschaftliche Dinge und Beziehungen handeln, dann wäre ein solches Verhältnis herzustellen vielleicht gar nicht so schwierig. Wenn aber jetzt der polnische Außenminister Zaleski eine formell sehr liebenswürdige Rede hält — im Warschauer „Institut zum Studium der internationalen Beziehungen“ —, so schlüpft er mit seinem Wunsch, daß die Fragen, in denen sich Polen und Deutschland gegenübertreten mußten, in Zukunft die Völkerbundversammlungen weniger beschäftigen würden als bisher, doch mit recht elegantem Sprung über Wesentliches hinweg. Es sind ja nicht bloß Fragen, die die absurde Gründung des Freistaates Danzig auslösten, sondern es sind ja immer wieder — wie auch in jüngster Zeit — die Streitigkeiten im polnisch gewordenen Ostoberschlesien und fast immer Schulstreitigkeiten. Hier stehen sich eben der Wille zur Polonisierung und die zähe Verteidigung deutschen Volkstums in voller Schärfe gegenüber; dort kommt es nicht einmal zu einem Waffenstillstand, geschweige denn zu einem Frieden.

Gar so einfach, wie es sich der polnische Minister Zaleski vorstellt oder den Zuhörern vorstellen will, ist aber auch die Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten denn doch nicht. Die Handelsvertragsverhandlungen werden ja in dieser Woche wieder aufgenommen, aber schon die lange bisherige Dauer zeigt, daß Schwierigkeiten genug vorhanden sind. Zaleski selbst erkennt an, daß deutscherseits in Genf alles getan worden ist, um eine bessere Atmosphäre zwischen beiden Staaten zu schaffen vor allem dadurch, daß Deutschland das Vorgehen der anderen Mächte gegen Litauen eifrig unterstützte. Es ist aber durchaus nicht so eindeutig klar, daß „niemand mehr in Deutschland an die Vorteile des Zollkrieges glaube“; die deutsche Landwirtschaft des Ostens ebenso wie große Teile der schlesischen Kohlenindustrie befürchten vielmehr, bei einem allzu weitgehenden deutschen Entgegenkommen den vorläufig noch sehr hohen Forderungen Polens gegenüber schwere Schädigungen zu erleiden. Immerhin ist jetzt die polnische Währung einigermaßen stabil geworden, so daß die großen Benachteiligungen, die früher für unseren Export nach dem Osten bestanden, doch allmählich in Wegfall kommen können. Erst bei Fertigstellung eines Handelsvertrages — oder zum mindesten eines Provisoriums, wie es angeblich vorläufig nur beabsichtigt zu sein scheint — wird sich mithin sagen lassen können, wer aus dem nun schon fast drei Jahre währenden Zollkrieg als Sieger hervorgeht.

Immerhin bleibt die einfache Tatsache der Rede Zaleskis politisch bedeutungsvoll; was wir früher — auch von ihm — an Reden polnischer Politiker zu hören bekamen, klang meist ganz anders. Da aber der Reden nun genug gewechselt sind, wäre es erfreulicher, wenn wir endlich auch Taten sehen würden.

Für deutsch-polnische Verständigung.

Eine Rede des polnischen Außenministers

Auf einem Bankett des Warschauer Instituts zum Studium der internationalen Beziehungen hat der polnische Außenminister Zaleski eine bedeutungsvolle Rede über das Verhältnis Polens zu Deutschland gehalten. Er hoffe, daß in Zukunft häufiger als bisher eine Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland in Genf möglich sein werde und daß Streitigkeiten, wie z. B. die Danziger Frage, nicht mehr so häufig den Völkerbund beschäftigen möchten. Es ist zweifellos, so fuhr der Außenminister fort, in Deutschland ein bemerkenswerter Umschwung der öffentlichen Meinung Polen gegenüber festzustellen. Es dürfte kaum einen ernsthaften Menschen in Deutschland geben, der nicht davon überzeugt wäre, daß die engere Gestaltung der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen für Deutschland nur von Nutzen sein kann. Immer stärker bricht sich offensichtlich in Deutschland die Überzeugung Bahn, daß Polen nun einmal auf dem Wege nach Osten liegt und nicht übergangen werden kann, und daß in Polen für Deutschland ganz wesentliche Entwicklungsmöglichkeiten liegen. Ich freue mich, so schloß der Minister, jetzt sagen zu können, daß wir von den amtlichen deutschen Stellen zahlreiche Beweise eines guten Willens erhalten haben, in der gleichen Richtung zu arbeiten. Auch in schwierigen Lagen hat man deutscherseits sich bestrebt gezeigt, nach Möglichkeit gute Beziehungen zu schaffen.

Polen und Rußland.

Minister Zaleski behandelte in seinen Ausführungen auch Polens Verhältnis zu Rußland. Er betonte dabei, daß die polnische Regierung froh sein werde, wenn sie einen Nichtangriffspakt mit Rußland schließen könnte. Bezüglich Litauens meinte der Minister, daß die litauische Presse sich in ihrer Haltung gegenüber Polen noch umstellen müßte.

Das Schicksal des Reichsschulgesetzes.

Berlin, 10. Januar

Die um das Weihnachtsfest und den Jahresanfang eintretende Pause in der politischen Arbeit ist beendet und unverweilt treten die wichtigsten Fragen wieder in den Vordergrund. Die allerwichtigste für die innere Entwicklung ist dabei vielleicht diejenige nach dem Schicksal des Reichsschulgesetzes, das sobald als möglich an den Reichstag gebracht werden soll, um endlich auf diesem so lange umstrittenen Gebiet eine Lösung anzubahnen.

Reichskanzler Dr. Marx ist nach Berlin zurückgekehrt und wird sofort an den Verhandlungen über die künftige Gestaltung unseres Schulwesens teilnehmen. Dienstag nachmittag trat im Reichstag der interfraktionelle Ausschuß für das Schulgesetz zusammen. Reichsinnenminister Dr. v. Keudell hatte bereits vor einigen Tagen eine Vorbesprechung mit den volksparteilichen Vertretern und Einzelbesprechungen mit einigen Abgeordneten der Volkspartei. Diese Besprechungen trugen allerdings unverbindlichen Charakter. Am Mittwoch soll sich eine Besprechung des interfraktionellen Ausschusses anschließen, am Donnerstag wird der Bildungsausschuß des Reichstages sich mit der Materie beschäftigen. Als einer der Hauptpunkte, über welche die Meinungen noch ziemlich auseinandergehen, ist dabei die Berechtigung der obersten Kirchenbehörden zur Einsichtnahme in den Religionsunterricht zu betrachten. Dann aber sind auch die Schutzfrist für die Simultanschulen und die Aufbringung der Kosten noch umstritten. In allen diesen Einzelheiten wird es nach allgemeiner Auffassung stark auf die Entscheidung der Deutschen Volkspartei ankommen, die teilweise ihre Wünsche gegenüber den beiden anderen Regierungsparteien, den Deutschnationalen und dem Zentrum, noch aufrechterhalten soll.

Die Linkspresse setzt ihre Hoffnungen auf ein Scheitern der Kompromißversuche zwischen den Regierungsparteien und malt dabei eine Kabinettskrise mit folgender Reichstagsauflösung an die Wand. Aber auch vom anderen Standpunkt aus wird die Lage nicht als ganz einfach angesehen. So schreibt die Deutsche Allgemeine Zeitung, das Zentrum müsse seine unübersichtlich gewordene Stellung unbedingt klären. Unzweifelhaft hätten sich in der letzten Zeit bei der Führung des Reichstagszentrums wahltaktische Erwägungen in den Vordergrund gedrängt. Das würde bedeuten, daß dasjenige Gesetzgebungswerk, das für das Zentrum bei der Gründung der gegenwärtigen Koalition die Hauptrolle gespielt hatte, jetzt von der gleichen Partei preisgegeben und zur wahlpolitischen Parole gemacht werden solle.

Die nächsten Tage werden die dem innenpolitischen Sicherheitsgefühl so notwendigen Richtungslinien voraussichtlich deutlicher hervortreten lassen.

Trotzki und Genossen verbannt.

In die entferntesten Gegenden Rußlands.

Meldungen aus Moskau besagen, daß ungefähr 30 Führer der Opposition den Befehl erhalten haben, aus der Hauptstadt abzureisen nach Orten, welche die Sowjetregierung bestimmt und nach denen sie also zwangsweise verbannt werden. Der künftige Aufenthalt ist ihnen, genau nach der im Zarenreiche früher üblichen Methode, nicht angegeben. Auf der Liste der Verbannten befinden sich Trotzki, Radek, Sinowjew, Rakowski, Kamenew, Smilga, der Schriftsteller Soßnowski mit mehreren anderen Journalisten u. a.

Trotz der Geheimhaltung des den Verbannten zugewiesenen Ziels verlautet doch schon, daß z. B. Rakowski nach einem Dorf im Gouvernement Wjatka, 500 Kilometer von der nächsten Eisenbahnstation entfernt, verschickt wird. Ein Teil der verbannten Oppositionsmänner soll bereits unterwegs sein und die Verbannungszone von Archangelsk im hohen Norden Europas bis Mittelasien und Ostsibirien reichen. In Moskau hat die Maßnahme auch bei der ausländischen Diplomatie große Erregung wachgerufen.

Finnländer zum Tode verurteilt.

Das Leningrader Kriegsgericht verurteilte Peter Paukku, der angeklagt war, im Auftrage des finnländischen Geheimdienstes Spionage getrieben zu haben, zum Tode. Die gegen die Mitangeklagten Stephan Paukku und Michael Wilki ausgesprochene Todesstrafe wird durch Amnestie in zehnjährige Gefängnisstrafe umgewandelt. Die übrigen acht Angeklagten wurden zu Freiheitsstrafen verurteilt.

Verkauf Phoebus-Emelka.

Zustimmung des Reichswehrministeriums.

Seit längerer Zeit gehen die Auseinandersetzungen hin und her über die Phoebus-Film-A.-G., an der sich das Reichswehrministerium zwecks Herstellung das Deutschtum pflegender Filme beteiligt hatte, die aber in Schwierigkeiten geraten war. Andere Filmgesellschaften bemühten sich um den Erwerb und es soll sich dabei kaum ein Unterschied zwischen den bekannten großen Gesellschaften gezeigt haben.

Jetzt wurde sozusagen durch eine halbamtliche Mitteilung des W. T. B. folgendes bekanntgegeben: „Das Reichswehrministerium hat sich der „Emelka-Gruppe“ gegenüber grundsätzlich zur Annahme ihres Angebots betreffend den Erwerb der Phoebus unter der Voraussetzung bereit erklärt, daß die Erhaltung des deutschen Charakters des Unternehmens auch für die Zukunft sichergestellt wird.“

Das Reich verliert dabei nach einigen Angaben sechs Millionen, die es vertragsmäßig durch das Reichswehrministerium eingeschossen hatte, doch sollen immerhin 4,2 Millionen Mark weiterer Verpflichtungen gerettet worden sein. Die Verhältnisse waren dem Vernehmen nach so weit gediehen, daß das Reich sich entschließen mußte, die Phoebus auf eigene Kosten mit großem Verlust weiterzubetreiben oder aber dem Verkauf zuzustimmen. Die Verhandlungen wurden vor Weihnachten abgebrochen, weil das Reichsfinanzministerium feststellte, daß die Kaufinteressenten sich auf Grund einer Vereinbarung gegenseitig unterboten, um das Reich zu zwingen, um jeden Preis zu verkaufen. Vor etwa einer Woche wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen, und der Endkampf um den Verkauf war heftig. Neben der durch die Lustig-Gruppe vertretenen Emelka bewarb sich auch die Terra-A.-G. um die Phoebus-Theater.

Das Reich hatte sich seinerzeit zu der Beteiligung an der Phoebus-Gesellschaft verstanden, als diese in Gefahr geriet, in ausländische Hände zu fallen. Da die erwerbende Emelka-Lustig-Gruppe aber stark von ausländischem Kapital abhängig ist, tritt jetzt das doch ein, was man unter großem Opfer an öffentlichen Mitteln zu verhindern suchte. Dem Vernehmen nach wird die Angelegenheit noch den Reichstag beschäftigen.

Freispruch Badickes.

Der Prozeß v. Treskow—Badicke.

Das Berliner Landgericht hat das Urteil der ersten Instanz gegen Major Badicke wegen Beleidigung des Herrn von Treskow aufgehoben und auf kostenlose Freisprechung des Beklagten Badicke erkannt. Die Kosten sind dem Privatkläger von Treskow auferlegt. Der Privatkläger Hasso von Treskow wird Revision gegen das Urteil des Landgerichts einlegen.

Zur Begründung des Urteils führte der Vorsitzende aus: Wenn der Freispruch erfolgte, so müsse das Gericht jedoch ausdrücklich betonen, daß durch diesen Freispruch keine moralische Verurteilung von Treskows ausgesprochen werden soll. Von Treskow war zweifellos in einer schwierigen Lage. Er hätte allerdings das, was er aus den vertraulichen Besprechungen wußte, bei seinen Meldungen fortlassen können. Das Gericht bedauert außerordentlich, daß die Vergleichsverhandlungen zu keinem Ergebnis geführt haben. Es hat sich aber von der Schuld Badickes nicht überzeugen können und mußte deshalb zu einem Freispruch gelangen. Badicke habe berechtigte Interessen wahrgenommen, was nach § 193 des Strafgesetzbuches erlaubt sei.

Explosion in einem amerikanischen Kohlenbergwerk.

23 Tote.

In einem Kohlenbergwerk der Industrial Coal Company ereignete sich in einer Tiefe von 600 Fuß eine schwere Explosion. Von der 700 Mann starken Belegschaft konnte sich der größere Teil retten. 93 Arbeiter wurden jedoch durch Rauch und Kohlenstaub abgeschnitten.

[illegible] Entfernung von etwa ein[illegible]s, kurz nach den [illegible]eit begonnen ha[illegible] dem Versuch, die [illegible] zu setzen, um die [illegible]

[illegible]ie bisher feststel[illegible]drei der Toten ko[illegible]ht aber wenig H[illegible]gen Bergleute zu[illegible]n an der Ungl[illegible]mmengedrückt w[illegible]ofort mit tödli[illegible]

D[illegible]svorschlag.

[illegible]eicht.

[illegible]s in Genf hat [illegible] als Antwort [illegible]mitee der Vor[illegible]Mitgliedsstaaten [illegible]twurf des all[illegible]schiedsver[illegible]e für die Ar[illegible]Entwurf nimmt [illegible] sieht vor, daß [illegible]n Gerichtshof [illegible]et werden und, [illegible], vom Völker[illegible]beiden Parteien [illegible]ntwurf auch die [illegible]omitee gezogen und erst nachträglich dem Gerichtshof unterbreitet werden.

Die norwegische Regierung hat dem Generalsekretär einen Entwurf eingesandt, der auf den gleichen Grundgedanken aufgebaut ist.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Calonder gegen polnische Übergriffe.

Der Präsident der Gemischten Kommission in Ostoberschlesien, Calonder, hat in einer Entscheidung gegen das Verhalten polnischer Beamten gegen die deutsche Minderheit Stellung nehmen müssen. In der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280112-12/fragment/page=0005
DFG